

Erscheint  
vierzehntägig  
10 Nummern S 1.—  
Deutschland M 1.—  
(inkl. Postzustellung)  
Österr. Postsparkassen-  
Konto Nr. 1

# Arbeiter-Stimme

Redakt.: Wien, XVIII.,  
Vinzenzgasse 24, Tel.  
20-2-69. — Admini-  
stration: Wien, XVII.,  
Sautergasse Nr. 26/10,  
Telephon Nr. 86-8-23

Centralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs  
(Opposition)

2. Jahrgang

Wien, Anfang Februar 1928]

Nr. 26

## Heraus zum Kampf für den Mieterschutz! Gegen Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne!

### Arbeiter!

Mehr als sechs Monate sind seit dem 15. Juli vergangen. In diesen sechs Monaten hat sich

#### Die innerpolitische Lage

außerordentlich verschärft. Die Niedergeschlagenheit die seit der Juliniederlage in den Massen herrscht, ermöglichte es dem Bürgerblock, seine wirtschaftliche und politische Offensive stürmisch vorwärtszutreiben. Das Ziel der Bourgeoisie ist, nachdem sie den Sieg vom 15. Juli restlos ausgewertet haben wird, der Arbeiterklasse in einer Generalauseinandersetzung von unvergleichlich größeren Dimensionen als es der 15. Juli war

#### eine Niederlage für Jahre zu versetzen.

Der Vorbereitung dieser kommenden Generalauseinandersetzung gilt die fieberhafte Tätigkeit der Bourgeoisie.

Mit den Mitteln des frechsten und brutalsten Terrors

reinigt sie das Heer von allen arbeiterfreundlichen Elementen und gestaltet es zu einem willenlosen Werkzeug der Reaktion aus.

Die Gewerkschaften der Sicherheitswache wurde zerschlagen, die Gendarmerie wird gesäubert und mit monarchistischen Elementen aufgefüllt.

Immer sichtbarer wird es für die Arbeiterklasse, daß seit dem 15. Juli

#### Österreich der alte reaktionäre Polizeistaat geworden ist

der sich kaum merklich von der alten k. u. k. Monarchie unterscheidet.

Aber die Bourgeoisie begnügt sich keineswegs mit dem gut bewachten, legalen, staatlichen Gewaltapparat. Hohnlächelnd, Gesetze und Verfassung mit Füßen tretend, rüstet sie

#### die Heimwehren in aller Öffentlichkeit mit Waffen aus, ernannt sie sie zum »Landsturm der Gendarmerie« und errichtet in den Industrieorten der Provinz, vor allem in Oststeiermark, örtliche Diktaturen des Faschismus.

Gleichzeitig werden in den Gebieten, in denen der Heimwehfaschismus auf keinen Widerstand stößt die Gewerkschaften zerschlagen, und die Arbeiter mit Gewalt in Arbeitsverhältnisse gezwängt, die die grauenhafte Ausbeutung des Frühkapitalismus wiederemführen (Alpine Montan in Donawitz). Im kleinsten Maßstab zeigen die Verhältnisse in Oststeiermark, wo der Heimwehfaschismus die niederträchtigste Ausbeutung erst ermöglicht, das Schicksal, das die österreichische Bourgeoisie für die Arbeiterklasse vorbereitet.

#### Das Ziel der Bourgeoisie ist, mit den Mitteln der Gewalt der Arbeiterklasse den Achtsturentag zu rauben, die Löhne auf dem gegenwärtigen Elendsstand zu halten, die sozialpolitischen Gesetze zu beseitigen und vor allem jetzt

#### den Mieterschutz zu vernichten.

Die Bourgeoisie hofft, Schritt für Schritt, ohne daß die mächtige Gesamtfront des Proletariats aufgerollt wird, Position für Position zu erobern. Was sie befürchtet — und darum rüstet sie ihre bewaffneten Organisationen fieberhaft aus — das ist der Widerstand der breiten Massen.

Die Bourgeoisie weiß zwar, daß sie von der sozialdemokratischen Führung nichts zu fürchten hat. Sie hat es erlebt, und mit großer Genugtuung verzeichnet, daß seit 1918 und verstärkt seit dem 15. Juli, die sozialdemokratische Führung das Kapital in jeder schweren Situation

#### vor dem elementaren Sturm der Arbeiterklasse gerettet hat.

Aber was die Bourgeoisie fürchtet, das ist die Rebellion der Arbeiterklasse gegen

die Bremstaktik der SP, gegen den kleinbürgerlichen, staatserkhaltenden Kurs der SP, was die Bourgeoisie ärgert, das ist, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter im Betrieb, die Verzweiflung der Arbeitslosen, die glühende Wut der verklavten Landarbeiter und der geknechteten Kleinbauern, daß schließlich die Empörung der von den Zinsgebern bedrohten Kleinbürger, Beamten und Angestellten sich vereinigt zu einer Volksrevolution unter der Führung der revolutionären, proletarischen Vorhut, mit einer wirklichen kommunistischen Partei an der Spitze.

Davor zittert die Bourgeoisie! Darum rüstet sie fieberhaft und beruhigt sich mit Panzerwagen und Faschistenorganisationen.

Immer deutlicher wird es, daß das Parlament, auf das die Arbeiterklasse solche Hoffnungen setzte, zu einer einflusslosen, nichtssagenden Quatschbude herabsinkt.

Das Parlament hat gegenwärtig für die Bourgeoisie nur einen Zweck:

Die sozialdemokratischen Führer, die um die Koalition betteln, zu demütigen und damit weithin sichtbar, allen, die ihre Hoffnung auf die Partei der 43 Prozent Stimmensetzen, zu zeigen, daß die Sozialdemokratie, deren Führer Kleinbürger sind, die nicht kämpfen wollen, ein Koloss auf tönernen Füßen ist. Die Bourgeoisie hat es verstanden, ihre Pläne und Ziele

#### außerhalb des Parlaments

mit den alten und erfolgreichen Mitteln der Gewalt zu verwirklichen.

Sie hat im Innern eine finanzkapitalistische-klrikale Diktatur aufgerichtet und nach außen Österreich zu einer Kolonie des englisch-italienischen Blocks gemacht.

Sie hat es zuwege gebracht, daß die österreichische Arbeiterklasse die ausgebeutetste Europas ist und daß die österreichischen Kapitalisten, die Herren von der Credit- und Bodenkreditanstalt, von der Alpinen Montan und der Niederösterreichischen Es-komptebank zu den reichsten Kapitalistengruppen Europas gehören.

Das aber konnte geschehen, obgleich die Sozialdemokratie 43 Prozent der Wählerstimmen erhält, obgleich sie mehr als 600.000 Mitglieder besitzt, obgleich sie die Gemeinde in Wien regiert und die Gewerkschaft beherrscht!

Welchen Weg schlägt nun die Sozialdemokratie angesichts des Generalangriffs des Kapitals ein? Bereitet sie eine wirkliche, kraftvolle Abwehr des Angriffs auf den Mieterschutz in der Stadt, auf den Pächterschutz im Dorfe vor? Mobilisiert sie den Republikanischen Schutzbund um den niederträchtigen Heimwehfaschismus zu beseitigen? Faßt sie die Gewerkschaften zu einem konzentrischen Kampf für eine Verbesserung der Hungerlöhne, des Elendsdasein der Arbeitslosen zusammen, denkt sie daran, die breiten Massen

zu einem wirklichen Kampf gegen die Bürgerblockregierung

zu mobilisieren?

Nichts von alledem!

Die spontane Erhebung vom 15. Juli hat die Angst der SP-Führer vor den Massen vertausendfacht!

Die ganze Strategie der SP-Führer gipfelt gegenwärtig darin, durch gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaftspolitik im Namen der sogenannten

#### chernen Notwendigkeiten der Wirtschaft

die Arbeiterschaft zur freiwilligen Preisgabe ihrer Rechte zu bewegen, die Erhöhung der Arbeitsleistung zwecks »Konkurrenzfähigkeit der heimischen

Industrie« zu fördern. Im Rahmen des offenen Rechtskurses, den die SP einschlägt, haben die Gewerkschaften die Aufgabe übernommen, durch das Angebot eines »Wirtschaftsfriedens« den Angriff auf den Achtsturentag und die sozialpolitischen Gesetze aufzufangen, um den Widerstand der Massen der beim offenen Angriff des Kapitals droht, zu verhindern.

Zweideutig und gefährlich sind die Worte, die sowohl Renner wie Bauer in die Massen werfen:

#### Zuerst die Altersversicherung, dann ist noch Zeit über den Mieterschutz zu reden!

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die SP-Führer in ihrer Angst vor Massenkämpfen und in ihrer Sucht, sich durch Harmlosigkeit koalitionsfähig zu machen,

#### keinen wirklichen Kampf für den Mieterschutz

führen werden. Nachdem ihre bisherige Politik, insbesondere am 15. Juli, den breiten Massen, vor allem im Dorf, gezeigt hat, daß die SP keinen Kampf führen will, besteht die Gefahr, daß die führerlosen, verzweifelten Kleinbauern und Kleinpächter keinen genügenden Widerstand gegen

#### die Beseitigung des Pächterschutzes

entwickeln werden. So rechnen die SP-Führer, wenn sie nicht den Mieterschutz gegen irgend etwas, zwecks Täuschung der Massen eintauschen können, sich mit der Ausrede »das Dorf läßt uns im Stich« vor dem Kampf um den Mieterschutz drücken zu können. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß sie versuchen werden, mit der Forderung nach

#### Neuwahlen

die Arbeiter zu täuschen, vom Klassenkampf abzulenken und sie mit Stimmzettellusionen zu betören.

Durch diese Politik des maskierten Rückzuges hoffen die SP-Führer endlich

#### in die ersehnte Koalition zu kommen.

Die österreichische Bourgeoisie ist im allgemeinen gegen die Koalition. Vor allem weil sie beim breiten Angriff auf die Massen keine kleinbürgerlichen Hemmschuhe braucht. Entscheidend ist aber auch

#### die außenpolitische Lage

Die Bürgerblockregierung hat Österreich dem englisch-italienischen Block, zu dem auch Ungarn gehört, angeschlossen. Je mehr sich die Kriegsgelahr zuspitzt, je offener Italien den Krieg gegen Jugoslawien vorbereitet, desto notwendiger ist es für die österreichische Bourgeoisie, in einem solchen Zeitpunkt das Heft fest in Händen zu halten, um Österreich in einem Krieg zum Aufmarschgebiet für Italien zu machen.

In die Koalition wird daher die österreichische Bourgeoisie nur einwilligen, wenn entweder der Widerstand der Massen gegen ihre Wirtschaftspolitik so groß wird, daß sie diese nur mit Hilfe der Koalition fortsetzen kann, indem sie den Kampfegeist der Massen durch die Koalition zersetzt oder wenn die unmittelbare Kriegsgefahr etwas hinausgeschoben wird, weil die beiden imperialistischen Weltblöcke England-Italien und Amerika-Frankreich in ihren Rüstungen noch nicht fertig sind und diese, gedeckt durch

Koalitionsregierungen in England und Frankreich besser und verhüllter fortsetzen. Daß die österreichische Bourgeoisie gegenwärtig die Koalition nicht will, das beweist die Beseitigung der SP-Mitglieder aus der Tiroler Landesregierung.

Eine Möglichkeit gibt es noch für die SP, unmittelbar die Koalition zu erreichen: Das ist die freiwillige Preisgabe aller jener Positionen durch die SP, die die Bourgeoisie sonst nur im Kampfe erobern kann.

So wird die österreichische Arbeiterschaft mit tödlicher Gewißheit dem Generalangriff der Bourgeoisie unterliegen, wenn sie der Kapitulations- und Koalitionspolitik der SP folgt.

Darüber sind sich heute bereits zehntausende Arbeiter klar und sie ziehen sich, da sie keinen Ausweg sehen und der Anarcho-Kommunismus vermag ihnen auch keinen zu zeigen, verzweifelt in die Passivität zurück!

### Der Rückzug der verzweifelten Massen in die Passivität, das ist von allen drohenden Gefahren die gefährlichste!

Nicht der Kampf ist aussichtslos, wie die Reformisten behaupten, aussichtslos ist nur die reformistische Politik! Schwächer als heute, hat die österreichische Arbeiterklasse der Vorkriegszeit gewaltige und siegreiche Kämpfe bestanden (1911, 1905, 1897). Und selbst, wenn sie Niederlagen erlitt, ging sie stark und aufrecht aus dem Kampf hervor, denn sie wußte, daß sie nicht kampfflos zurückgewichen sei.

Dem Generalangriff der Bourgeoisie muß die Arbeiterklasse

### die einheitliche Kampffront entgegenstellen.

Die Verteidigung des Mieterschutzes und des Pächterschutzes gilt es zu verbinden mit einem energischen Kampf für höhere Löhne, für eine dreißigprozentige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

### Die Reformisten sagen Euch bei jedem Massenkampf: Horthy und Mussolini drohen!

Wir Kommunisten sagen Euch: Blickt nicht immer angstvoll auf die drohenden Feinde, blickt auf die erwachende deutsche Arbeiterklasse, die sich gegen das Diktat der deutschen Unternehmer zu rühren beginnt.

Es gilt den entschlossenen Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen.

### Das Ziel der Bourgeoisie, das ist Österreich als Kirchenstaat mit Polizeisäbel und versklavten Arbeitern. Das Ziel der Sozial-

### Für Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieter- und Pächterschutzes

### Für den lückenlosen Achtstundentag, für höhere Löhne!

### Für Beseitigung der Massensteuern, insbesondere der Warenumsatzsteuer!

### Für eine 30 prozentige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung!

### Für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an alle Arbeitslose während der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit!

### Für die Schaffung von Speisehallen für Arbeitslose durch die Gemeinde! Gratis-Ausspeisung der Ausgesteuerten!

### Für die Schaffung einer, das ganze wehrfähige, klassenbewußte Proletariat umfassenden Wehrorganisation!

### Nieder mit dem Heimwehfaschismus und dem Unternehmerterror!

### Nieder mit der Regierung des Bürgerblocks!

### Es lebe der revolutionäre, proletarische Klassenkampf!

### Der Parteivorstand der Komm. Partei Österreichs (Opposition)

## Schafft Speisehallen für die Arbeitslosen.

### Für Gratisausspeisung Ausgesteuerter.

Wer kennt nicht die grünen Karten mit dem schwarzumranderten N.U. (Notstands-Unterstützung) im oberen rechten Eck? Wer weiß nicht was das heißt um 10 Prozent noch weniger zu bekommen, wie die ohnedies karg bemessene Arbeitslosenunterstützung? Wer kennt nicht den Jammer der tausenden Ausgesteuerten! Und sind vielleicht die hunderttausende glücklich mit ihren weißen, rosa oder blauen Karten? Mit ihren 17.50 oder 14.— Schilling wöchentlichen Arbeitslosenunterstützung? Oder die nahezu 30.000 Altersrentner mit ihrem Schilling 50.— Monatsrente?

Es wird soviel von der sozialen Fürsorge der Gemeinde Wien gesprochen, nun bei den Arbeitslosen gebe es viele Möglichkeiten soziale Einrichtungen zu schaffen, durch welche Zehntausende dem Verhungern nahe stehenden Proletarier wenigstens teilweise geholfen werden könnte. Hier soll nur eine dieser Möglichkeiten aufgezeigt werden. Es gibt in jedem Wiener Gemeindebezirk tausende von Arbeitslose. Wäre es denn nicht möglich, überall dort Speisehallen für Arbeitslose zu errichten, wo jeder im Bezug der Unterstützung stehende zu ermäßigten Preisen und eine Ausgesteuerten gratis ausgespeist werden könnten? Wieviel Tausende gehen täglich zeitlich früh zur Kontrolle ohne einen Schluck warmen Kaffee oder Brot und ebenso viele kommen mittags nachhause und es reicht nicht mehr auf ein Mittagessen. Was fängt man mit S 2.— oder S 2.50 täglich an? Reche Zins, Kohle, Licht, Wäschereinigung, Bekleidung usw. davon ab, was bleibt zum Leben? Und die nach Brot schreienden Kinder? Und jene die überhaupt keine Unterstützung mehr bekommen? Sollen sie alle in die Donau oder sich mit Leuchtgas vergiften?

Wir wissen ja nur zu gut, die Seipelregierung wird den Arbeitslosen freiwillig nichts geben, da hilft nur unerbitterlicher Kampf, ebenso gut wissen wir daß, solange es eine kapitalistische Gesellschaftsord-

### demokratie ist die bürgerlich-demokratische Republik wie sie 1919 war: Die Koalition in Permanenz!

Aber selbst diese Republik von 1919 war nur möglich, weil sie in einer, wenn auch schlappen, Revolution geboren wurde. Die Arbeiterklasse muß aus den Erfahrungen lernen.

### Die Erfahrungen beweisen stündlich die Richtigkeit dessen, was wir Kommunisten seit 1918 unaufhörlich sagten: der Weg dieser bürgerlichen Republik führt zurück zum alten kapitalistischen Polizeistaat-

Wirkliche und endgültige Besserung ihrer Lage, die ersuchte Befreiung, die kann die Arbeiterklasse nur erlangen, wenn sie das kapitalistische System in der proletarischen Revolution stürzt und aufrichtet die Herrschaft des Proletariats, seine Diktatur, den Rätestaat.

Diesen Kampf siegreich zu führen, das aber vermag nur eine wirkliche

### Kommunistische Massenpartei

die nicht entstehen kann unter der Fahne des bankrotten Anarcho-Kommunismus (der österreichischen Filiale des Stalin-Regimes), sondern nur auf dem Boden der kampferprobten Lehren Lenins, die die oppositionellen Kommunisten unter der Führung von Trotzky vertreten. Jede Hoffnung auf eine Aenderung der sozialdemokratischen Volkspartei ist vergeblich.

### Die österreichische Arbeiterklasse kann nur siegen wenn sie mit uns gemeinsam aufbaut ihre Kampfpartei, die Partei des Proletariats, die Kommunistische Partei Österreichs (Opposition).

Gegenwärtig gilt es, das Ziel unverrückbar vor Augen, dem Generalsturm der Bourgeoisie entgegenzustellen die große Front der werktätigen Massen, aufzunehmen den Kampf:

Kampf. Ueber die 350.000 geht Seipel zur Tagesordnung, weil die heutige Sozialdemokratie, die Kleinbürgerpartei in ihnen den Kampfgeistertötet. Vor den 35.000 hat Habsburg gezittert, weil die damalige Sozialdemokratie, die proletarische Kampfpartei als ihre heiligste Aufgabe sah, den revolutionären Kampfgeist der Arbeiter stets wachzuhalten und zu stärken.

Die Arbeiter haben auch ohne Waffen mit Erfolg gekämpft, sogar wñ9n sie bewaffneten Gegnern gegenüberstanden.

Uebrigens lehrt die Geschichte aller Revolutionen: sobald die Arbeiter halbwegs zum Bewußtsein ihrer Klasseninteressen kommen, haben sie weder von der Bourgeoisie noch vom Kleinbürgertum (der »Sozialdemokratie«) Bewaffnung zu erwarten. Die Waffen mußten sich die Arbeiter immer erst im Kampf erobern und sie haben sie erobert, indem sich die ganze Riesenmasse wie eine Springflut erhob. Waren am 15. Juli — entgegen der sozialdemokratischen Bremse, die die Massen in den Bezirken zurückhielt, um die Kämpfer in der Stadt zu isolieren — die ganzen 500.000 Wiener Arbeiter in die Stadt geeilt, noch am selben Tage hätten sie sich mit den Waffen der Gegner bewaffnet.

Lernt aus Eurer eigenen Vergangenheit!

### „Arbeitsmarktpolitik“ Taten — nicht Worte.

Die »Arbeiter-Zeitung« schreibt: »Die Bürgerblockparteien, die Bürgerblockregierung tragen die Verantwortung für die Fortdauer der Arbeitslosigkeit, solange sie sich jeder notwendigen Maßregel der Arbeitslosenpolitik widersetzen. Eine solche würde erfordern: Die Inkraftsetzung der Alters- und Invalidenversicherung, höhere Pensionen den Pensionisten und Maßregeln, die den Land- und Forstarbeitern mehr Schutz sichern.«

Schön. Aber hat dieses Zureden die geringste Hoffnung, von der Bürgerblockregierung, von den Bürgerblockparteien erhört zu werden, die ja nichts anderes sind als die Parteien und der regierende Ausschuß der Kapitalistenklasse? Die Kapitalistenklasse ist es, die mittels der kapitalistischen Rationalisierung die andauernde und wachsende Arbeitslosigkeit bewußt herbeiführt und sie bewußt ausnutzt, um die Betriebsarbeiter niederzuhalten und immer tiefer zu drücken. Der Bourgeoisie sind Fortdauer und Wachstum der Arbeitslosigkeit sehr erwünscht. Alles Zureden, die Kapitalisten mögen sich einer vernünftigen Arbeitsmarktpolitik nicht widersetzen, ist samt dem Herumfuchteln mit der Verantwortung zwecklos. Aber nur scheinbar. In Wirklichkeit hat das Zuredensystem der sozialdemokratischen Führer einen sehr praktischen Zweck: die Arbeiter sollen die beruhigende Ueberzeugung gewinnen, daß die Sozialdemokratie für sie — kämpfe. Die Sozialdemokratie fühlt sich bei diesem Zuredensystem sehr wohl: sie wächst, wird immer dicker. Einstweilen steigt die Arbeitslosenzahl, sinken die Reallöhne: die Arbeiter werden bei dem sozialdemokratischen Zuredensystem immer dünner.

### Das kommunistische Manifest und die Sozialdemokratie.

Je deutlicher in der Praxis die Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer zu Tage tritt, desto mehr sucht sie ihre Theorie wenigstens an Feiertagen auf »revolutionärem« Glanz aufzubügeln. Der achtzigste Geburtstag der Kommunistischen Partei kam ihnen da gerade recht. Aber es geht immer schwerer mit diesem alten austromarxistischen Kunststück.

»Die Kommunisten erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gemeinsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.« Diesem grundlegenden Satz des Manifestes bricht der »Metallarbeiter« (Nr. 48 vom 26. November 1927) das Genick, indem er das Wort — gewaltsam — durch — gewaltig — ersetzt.

Der »Arbeiterzeitung« (29. Jänner 1928) hats der Titel Kommunistisches Manifest ange-tan. »Marx und Engels nannten sich Kommunisten, solange man mit dem Wort Sozialisten die Sektoren Fouriert und Öweas bezeichnete« schreibt die »Arbeiterzeitung«. Nun die Geschichte ist ein bisschen anders.

»Der Sozialismus bedeutete 1847 eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung. . . so konnten wir keinen Augenblick im Zweifel sein, welchen der beiden Namen zu wählen. Auch seitdem ist es uns nie eingefallen, ihn zurückzuweisen.« So schrieb Engels 1890 im vierten Vorwort zum Manifest.

Kurz vor seinem Tode, 1894, als die deutsche Partei auf dem Erfurter Parteitag (1891) den Namen Sozialdemokratie angenommen hatte, da hielt es Engels für notwendig, in einem Brief — er wurde 1901 im Kampf gegen die Revisionisten veröffentlicht — zu bemerken, daß sich dieser Name nicht eigne für eine Partei, deren wirtschaftliches Programm nicht ein sozialistisches im allgemeinen Sinn dieses Wortes, sondern ein direkt kommunistisches sei (daher eigne sich nicht der erste Teil des Wortes »sozial«) und als deren politisches Ziel die Niederwerfung des Staates, folglich auch der Demokratie gelte (daher eigne sich auch nicht die zweite Hälfte der Benennung!).

Marx und Engels nannten sich niemals Sozialdemokraten, sondern immer Kommunisten.

nung gibt die Wirtschaftskrise dessen Folgen die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt geschaffen werden kann, dafür heißt es kämpfen bis zur völligen Beseitigung jener morschen Ordnung. Aber wenn es Möglichkeiten gibt, noch in diesem Rahmen für die Arbeiterschaft etwas herauszuholen, dann muß es geschehen. Die Errichtung von Speisehallen wäre so eine Möglichkeit) und würde nicht einmal Kampferfordern, sondern nur den guten Willen der sozialdemokratischen Gemeinde Wien. Kann in den Werkküchen, Kantinen, Auskochereien usw. billigeres Essen verabreicht werden, um wieviel billiger würde sich eine Massenauspeisung stellen. Natürlich wäre in diesem Falle nur dem Knurrenden Magen ein kleinwenig geholfen, denn was die Arbeitslosen am dringendsten brauchen ist Arbeit und Brot, um das zu erreichen heißt es kämpfen und wieder kämpfen!

### Lernt aus der Vergangenheit.

Der 15. Juli hat in der Arbeiterschaft eine gedrückte Stimmung hervorgerufen. Die Arbeiter wurden — weil sie unbewaffnet waren — geschlagen. Gewiß, ohne Waffen kann das Proletariat die Herrschaft der Kapitalistenklasse nicht brechen. Daraus ziehen jedoch nach der Juliniederlage viele Arbeiter den falschen Schluß, es sei der Arbeiterschaft, mit Aussicht auf Erfolg zu kämpfen — ohne Waffen — überhaupt nicht möglich.

Denkt an die Zeit vor dem Kriege! Erinnert Euch z. B. an die Teuerungskämpfe im September 1911! Damals standen den Arbeitern die Bosniaken gegenüber mit Bajonetten, Gewehren, Maschinengewehren und Artillerie mit scharf geladenen Kanonen sind in Reserve. Und die Arbeiter kämpften! Und die Bajonette stachen und die Gewehre schossen in die Arbeiter. Und die Arbeiter kämpften! Und die Arbeiter hatten Erfolg. Die Sozialdemokratie von damals hatte keine 43 Prozent der Stimmen, hatte keine 350.000 Mitglieder in Wien, es waren ihrer kaum 35.000, aber sie erzog die Arbeiter zu m

# Das Verhältnis der Bürger zu den Arbeitern in der sozialdemokratischen Volkspartei.

Der »Vorwärts«, das Blatt der Buchdruckerei- und Zeitungsarbeiter veröffentlichte eine überaus bemerkenswerte Betrachtung über die Politik jener Unternehmer, die Mitglied der sozialdemokratischen Partei sind. In diesem Artikel, betitelt »Kollege Chef« heißt es:

Mit der Mitgliedskarte der Kleingewerbetreibenden in der Hand geht er nun zum Betriebsrat, stellt sich ihm als »Kollege« und »Genosse« vor, winselt von schlechter Wirtschaftslage, rationeller Arbeit, von Schmutzkonkurrenz, die er oft selbst betreibt und buhlt um die Gunst der Arbeiterschaft. Und nun soll der Vertrauensmann gar mithelfen, um aus der Kollegenschaft die ganze Arbeitskraft — womöglich um das Minimum — herauszupressen, um diesen Auckkollegen zu ermöglichen, seine Schulden zu bezahlen und ihn vor einem eventuellen Zusammenbruch zu bewahren. Er soll nicht nur ein, sondern beide Augen zudrücken, wenn die sanitären Mißstände überhandnehmen, er soll vergessen, daß es einen Tarif gibt, soll Ueberstunden leisten lassen bis zur gänzlichen Ermattung des Personales und soll sich schließlich auch noch den »Arbeitsmangel« einreden lassen, wenn es gilt, einen Kollegen aufs Pflaster zu werfen, um sich noch rechtzeitig vor der Bezahlung der Krankenkasse oder eines Urlaubes zu retten. . . .

Diese faulosen Unternehmer sind aber noch dazu sehr häufig gewerkschaftlich organisiert, da sie in ihrer Jugend selbst Angestellte, in dem konkreten Fall Graphiker, waren. Und so empfiehlt der Artikel als Maßnahme:

»Vieles könnte man da noch anführen. Für uns soll aber dieses genügen, um auch daraus einen Schluß zu ziehen. Es ist offensichtlich, daß jene »Kollegen« Chefs vielfach ihre Beiträge an unsere Gewerkschaft nicht deshalb weiterleiten, weil sie sich als wirkliche Kollegen in unsere Reihen und unter unseren Tarif stellen wollen, sondern nur deshalb, weil sie nicht wissen, ob sie nicht doch noch einmal gezwungen sein werden, wieder ihren Platz in irgend einer Bude als Arbeiter einnehmen zu müssen. Und das ist es doch von Vorteil, wenn man seine alten Rechte an die Gewerkschaft wieder ausnützen kann, es ist dann auch vielleicht ganz vorteilhaft, wenn man sich als »guter, alter Kollege« bei einer Kündigung als Krakeeler zeigt und eventuell noch eine »Maßregelung« produzieren kann.

Dem vorzubeugen muß unsere Sache sein! Nicht nur den Vertrauensmann oder den Kollegen vor dem Gehilfenausschuß bei den Ohren

böheln, wenn er eine untarifliche Handlung beging oder irgendeine Dummheit machte! Nein auch dieser Herr »Kollege« Chef ist vorzunehmen, ihm klar zu machen, daß er als Freigewerkschafter genau so dem Tarif untersteht, wie sein Arbeiter! Und will er das nicht begreifen lernen, dann hierbei mit dem Seipelschen Trennungstreich! Wenn er angewendet werden soll, dann gut, wenden ihn auch wir an. Und daß es notwendig wird, das hat uns der 15. Juli an dem »Genossen« Braakl gezeigt, der als Mitglied des »Bundes sozialdemokratischer Kleingewerbetreibender«, entgegen der allgemeinen Regel, den »Turm« erscheinen ließ. . . .

Dieser Artikel hat begreiflicherweise die sozialdemokratischen Unternehmer in die größte Wut ver-

setzt; dem »Vorwärts« ist nun bange vor seiner Kühnheit geworden und so veröffentlicht er in der folgenden Nummer folgende Erklärung:

»Von Seite der Berufsgruppe der Buchdruckereibesitzer des Vereines der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden sind Bedenken gegen den in der letzten Nummer des »Vorwärts« unter dem obigen Titel erschienenen Aufsatz erhoben worden. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß es dem Verfasser des Aufsatzes wie auch der Redaktion des »Vorwärts« vollständig ferne gelegen ist, die genannte Berufsgruppe als Korporation in irgendeiner Weise zu treffen oder herabzusetzen wollen. Absicht des Einsenders war, auf Grund eigener Erfahrung einzelne Mitglieder der genannten Gruppe, die mit ihrer Zugehörigkeit zum Verein sozialdemokratischer Gewerbetreibender in irgendwelcher Weise Schindluder treiben, ins rechte Licht zu rücken. Um aber jede Mißdeutung hintanzuhalten, sei redaktionell in voller Offenheit erklärt, daß bei Uebernahme des Aufsatzes nur die einzige Absicht bestand, unlaute Elemente in den Kreisen unserer Unternehmer — die natürlich ebenso bei den rechtsstehenden Unternehmern unseres Gewerbes anzutreffen sind, — wenn sie sich auch mit dem Mitgliedsbuch des Vereines der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden ausweisen, vor weiterem Tun in der bisherigen Art zu warnen.«

Sind es wirklich nur die »unlauteren Elemente« unter den sozialdemokratischen Unternehmern, die schädlich sind? Glaubt der »Vorwärts« wirklich, das ganze Problem auf die moralische Frage der »Lauterkeit« reduzieren zu können? Die Arbeiter in den Betrieben wissen: Es sind die unüberwindlichen Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die auch durch eine gemeinsame Partei nicht überbrückt werden können. Und daß die S.P. zu einer Partei geworden ist, in der die Kleinbürger nach ihrem Klasseninteresse die Entscheidungen treffen, das ist ja die tiefste Wurzel aller Niederlagen der Arbeiterschaft. Die Schaffung einer selbständigen Klassenpartei der Arbeiterschaft ist die Voraussetzung der wirklichen Erfolge der Arbeiterklasse.

## Vom Stalinkommunismus zur Konterrevolution.

Die Politik des Opportunismus, der Erziehung zur Gesinnungslosigkeit, Passivität und Indifferenz hat nun ihre furchtbaren Früchte getragen. In der

39. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer konnte der Reformist Viktor Stein den Stalin-Kommunisten entgegenhalten, daß »der Heimatschutz durch die Kommunisten beim Hochofen der Alpen Montan in Donawitz die stärkste Stütze hat.«

Was antworten nun die Stalinkommunisten auf diese Feststellung? »Es ist wohl leider richtig, daß Mitglieder der kommunistischen Partei, dem wirtschaftlichen Terror ausgesetzt, sich überreden ließen, dem Heimatschutz beizutreten.« (R. F. 24. Jänner 1928).

Soweit ist es also mit diesen Scheinkommunisten gekommen! In dem einzigen Gebiet, in dem sie in Steiermark Anhang besitzen, geht dieser zur Konterrevolution über. Anstatt die Vorhut der revolutionären

Arbeiterklasse zu bilden, die reformistisch versuchten sozialdemokratischen Klassengenossen zum Kampf gegen die Reaktion zu mobilisieren, verfallen die von der Aiserstraße planmäßig verwirrten, dem Klassenkampf entfremdeten, Arbeiter den Verlockungen der Konterrevolution. Gibt es deutlichere Beweise dafür, auf welcher Seite der wirkliche Leninsche Kommunismus steht? Während die Stalinkommunisten zur Konterrevolution übergehen, sammeln sich in Steiermark, in Graz, Voitsberg, Deutschlandsberg, Gösting Andritz, die revolutionären Arbeiter unter dem Banner der Opposition, der Anhänger Lenins, der Vorhut im proletarischen Klassenkampf.

## Sinowjew & Kamenew.

Die »Prawda« veröffentlicht einen Brief, in dem diese beiden Kapitulant die Unterwerfung, die sie am XV. Parteitag vergeblich angeboten haben, ergänzen durch die restlose Preisgabe aller Auffassungen, die sie seit zwei Jahren verfochten haben. Dieser Brief soll Stalin angesichts der wachsenden Opposition die guten Dienste der Renegaten Sinowjew und Kamenew demonstrieren. Stalin, der noch am XV. Parteitag die Unterwerfung Sinowjews und Kamenews ablehnte, nimmt sie jetzt, da er sich bedeutend schwächer fühlt als damals, gnädigst auf. Innerhalb der internationalen Opposition werden die verzweifelten Kopfsprünge dieser Kapitulant nur ein Gefühl erwecken: Scham darüber, daß solche Elemente jemals zu uns gehört haben.

Es wird sicherlich nicht lange dauern und Sinowjew und Kamenew werden alle ihnen bekannten geheimen Anhänger der Opposition verraten und sie der G.P.U. ausliefern. Nur sind sie auch im Verrat schlechte Politiker: Sie geben preis zu einer Zeit, in der die Opposition schon längst die Konsequenzen daraus gezogen hat, daß Sinowjew und Kamenew verraten werden. Sie kommen zu spät — so wie anno 1917!

## Zur Verschickung Trotzky.

Es ist unglaublich und niederschmetternd, was sich jetzt in Rußland ereignet.

Man muß die heutigen Vorgänge, die sich in dem Arbeiterstaat vollziehen, mit Empörung verfolgen, wie es dazu kommt, daß gerade die besten und geistig bedeutendsten Führer, darunter Gen. Trotzky, der vom Beginne der Revolution, der Sprecher, Gründer und Führer der roten Armee war, der an der Seite Lenins alle Hemmnisse der Revolution zu meistern verstand, verfolgt und deportiert werden. Man muß sehr viel Material beiderseits sammeln, um zu einer entscheidenden und richtigen Erkenntnis zu kommen.

Das heutige Regime Stalins, das zeigend die Tatsachen, führt die Arbeiter ins Verderben. Man lese die kapitalistischen Zeitungen, wie sie über das Regime Stalin schreiben, natürlich nicht ganz offen, aber sie ersehen, daß mit Stalin die Zeit gekommen ist, um in Rußland Fuß zu fassen. Die Tatsachen beweisen es. Der Kulake hält sein Gefreide zurück, die Preise steigen. Ich will hier einige Tatsachen aufzählen. Zum Beispiel hat Gen. Trotzky in der chinesischen Frage Recht. Die Politik Stalins, bedingungslose Koalition mit der bürgerlichen Kuomintang Partei, mußte zur Niederlage führen. Im Westen beschimpft man die Sozialdemokraten als Verräter, wenn sie Koalition betreiben, was auch richtig ist, da die Arbeiter immer im Nachteil sind. In der chinesischen Frage machte aber Stalin dasselbe; außerdem wurde die Herausgabe einer Tageszeitung

## Wie erklärst Du Dir das . . . ?

Ort: Ein Wiener Betrieb.

Arbeiter I: Gestern hab'n mir's Ihnen gezeigt!

Arbeiter II: Was denn?

Arbeiter I: Na, im Parlament! Der Tabak-Mataja, der Seipel und der g'scherte Hartleb haben mal g'sehn, daß ma mit ana Partei, die 43 Prozent der Wähler hinter sich hat, net aufdrah'n kann. Mir lassen uns nix g'fallen. Wenn's dem Seipel net paßt, dann — Neuwahlen! Dann is aus mit dem Seipel.

Arbeiter II: Glaubst, daß dann besser wird?

Arbeiter I: Logisch! Der Seipel muß weg und der Schöber, dann is glei anders! Und wenn mir noch 7 Prozent Stimmen kriegen, dann san mir die Herren!

Arbeiter II: Sag amal, wie erklärst Du Dir das? Anno 1911 war die S.P. a ganz a klane Partei. A klans Schippel Abgeordnete hat's g'habt. Aber des alte k. u. k. hat samt seine Bosniaken und Kanonen nix ausgerichtet! Und heute? Von Jahr zu Jahr wächst die S.P., fast an die 100.000 neue Mitglieder jedes Jahr und uns im Betrieb geht's immer schlechter. Die Herren verbieten einem bei uns sogar scho's Rauchen, die Arbeitslosen verrecken und die Heimwehren werden täglich frecher! Sag, wie erklärst Du Dir das?

Arbeiter I: S'ist ja was Wahres dran! Aber ma san die Gewerkschaften schuld, die woll'n net kämpfen. Die Partei is gut, überhaupt der Bauer! Wa, wenn der allan z'reden hätt!

Arbeiter II: Denk mal nach! Wie war's 1918? Da hat der Bauer und der Adler die Macht g'habt? Sie haben den Schöber mit seine Offiziere g'lobt, sie

haben die Kirchen net vom Staat trennt, sie haben die Großbauern sich bewaffnen lassen! Sie haben alles beim Alten g'lass'n, den Kriegsgewinnern ihr Vermögen, den alten Staat mit die alten Hofrat . . .

Arbeiter I: Hör auf! Das wiß' ma eh! Das san Eehler g'wesen! Ma hat net an all's denken können bei dem Trubel damals!

Arbeiter II: Du sagst die Gewerkschaften san schuld! Ja, wer führt denn die Gewerkschaften? Das san do die gleichen Bonzen wie im Parlament —

Arbeiter I: Wenn'st so viel kritisieren kannst, sag' selber, wieso die S.P. was dafür kann, wenn sie groß wird und mir immer klauer? Da ist nur die internationale Lage schuld!

Arbeiter II: Was Du net sagst! Aber jetzt unterbrich mi net, i wer' Dir's erklären: 1911 waren wir Arbeiter stark, trotzdem die S.P. nur a Häufel war, weil mir kämpft ham! Weil mir uns auf de Kraft der Massen, auf'n Klassenkampf verlassen nam und net auf's »Zureden«. Weil die S.P. damals a Arbeiterpartei war, die nix kennt hat, als des Proletariat und sein Kampf! Aber heut! Heut' is die S.P. a riesige Partei, in die immer mehr Master und Bürgerliche eingehn, die vielleicht mit dem Rothschild unzufrieden san, aber an der bürgerlichen Gesellschaft nix ändern woll'n. Heut' will die S.P. nimmer den Staat stürzen und den Arbeiterstaat aufrichten, heut' will sie selber in dem bürgerlichen Staat mit die Kapitalisten z'samm regieren! Früher war sie revolutionär, heut' will sie für a paar Reformen den ganzen Sozialismus hergeben! Als ob ma an Kranken Bam, wenn ma die welken Blätter runterreißt g'sund machen könnt! Die Wurzel is krank, und drum kommen immer wieder welke Blätter. Früher war die S.P. a Arbeiterpartei, heut' it a Volks-

partei, früher war's sozialistisch, heut' is demokratisch-republikanisch, a echte liberale Partei! Die internationale Lage is schuld, sagst? Was Wahres is ja dran! Denn in alle Länder macht die S.P. dieselbe Politik wie bei uns! In Deutschland würgens jeden Streik ab, weil des Schiedsgericht es so will, in Frankreich organisiert der Boncour die Volksbewaffnung für den nächsten Krieg und der Macdonald hat als Minister die Kriegsschiff genau so nach China g'schickt, wie der Chamberlain! Kannst was drauf sag'n?

Arbeiter I: S'is so! Aber was ka ma tuan? Ma stützt die Führer so lang, bis sie an die Futterkripp'n kommen, dann is' aus! Der Stalin in Moskau macht's ja a net anders wie der Bauer!

Arbeiter II: Sixt, des is eben der Unterschied! Während die SR-Führer zu Bürgerlichen werden, san unsere Führer, der Trotzky und der Radek und alle genau so revolutionär blieb'n, wie früher! Sie kennen nur die Interessen der Arbeiter und wenn sie im Augenblick z'schwach san, geh'n's lieber nach Sibirien, als daß sie dem Stalin helfen täten, die Arbeiter zu betrügen. Da waß jeder Arbeiter in Rußland: Der Trotzky hat Recht, do heißt's kämpfen bis ma den Stalin so zum Teufe g'jagt ham, wie die Menschewiken — Merkst den Unterschied?

Arbeiter I: Hast ja vielleicht recht! Aber was kann i machen? Wenn ma zehn Jahr bei aner Partei is, da is schwer, si' losreißen!

Arbeiter II: Schwer is' für Euch Alten! Aber mir Arbeiter können net ausruhen solange des Kapital regiert! Do haßt's kämpfen und lernen, da derf ma net an die Führer hängen und der schön Vergangene nachtrama, sondern kämpfen wie's uns Marx und Lenin g'lernt hat und wie der Trotzky heut' kämpft . . .

der KP Chinas verhindert, so daß der K/P Chinas eine Hauptwaue zur Erziehung der Massen und zur Kritik der Kuomintang fehlte. Weiters verlangte Gen. Trotzky, schärieren Kurs gegen den Kulaken. Gen. Stalin tat das gleiche wie die Sozialdemokratie im Westen, zuerst den Kulaken mästen, dann wenn er fett ist, abstechen. (Wie dies aussieht beweist Oesterreich, wo der »gemästete« Kapitalist die Arbeiterschaft niederknüpelt.)

Bei dem ersten Auftreten der Opposition wurde den Arbeitern eine Lohnhöhung versprochen. Jetzt vor der Verbannung der Oppositionellen wurde der Siebenstundentag versprochen, nur damit die Arbeitermassen nicht einmütig Stalin zum Teufel jagen.

Gerade dieser Schritt ist genauest zu durchschauen, Lohnhöhung werden gar nicht gewährt und der Siebenstundentag ist nichts anderes als rationalisierte Arbeit, das meint in 7 Stunden soviel arbeiten als früher in acht Stunden. Bezahlt werden aber nur sieben Stunden. Für die Ersparnisse der acht Stunden werden einige Arbeitslose eingestellt.

Die Politik Stalins bedeutet eine soziale und wirtschaftliche Verschlechterung für die Arbeiter, dagegen Vorteile für die Kulaken. (Steuernachlaß, Preisermäßigung)

Die russischen Arbeiter werden es sehr bald spüren, daß man mit den Siebenstundentag-Geschrei und mit der Stalin Politik keine Fortschritte macht, und werden der Stalin-Schande ein Ende setzen. Noch eine solche Stalinsche Tat müssen die Kommunisten durchschauen, nämlich den Weg nach Genf. Man schimpft die Sozialdemokraten, daß sie nach Genf gehen zur Abrüstungskonferenz und die Köpfe der Arbeiter verwirren. Stalin macht dasselbe und schickt seine Leute nach Genf bei der Abrüstung mitzuarbeiten. Die Tatsachen zeigen, daß alle kapitalistischen Länder aufrüsten, alles andere Manöver ist zur Verhüllung der Kriegsvorbereitung. Weiters ist noch zu bedenken, das Wahlrecht des Kulaken, der durch das Wahlrecht auch in die Sowjets direkt eindringt und sich mit den Bürokraten im Staatsapparat verbünden wird. Wir Arbeiter in den kapitalistischen Ländern bekommen es sehr stark zu spüren, daß die Stalinsche Politik ein Hemmnis der revolutionären Arbeiterbewegung ist, die die kommunistische Idee schädigt; auch die russischen Arbeiter und armen Bauern werden sehr bald in Erfahrung bringen, daß sie der Stalinschen Schande ein Ende setzen müssen.

Wir wissen, daß die Verbannten die wirklichen Kommunisten sind, während ihre Kerkermeister die Lehren Lenins mit Füßen treten.

(Arbeiterkorrespondenz XX.)

## Vermischtes.

**Der Dollarimperialismus rüstet.** Das neugebaute Riesenschiff »Saratoga« (300 m lang, 2000 Mann Besatzung, 40 Millionen Dollar Kosten) wurde der amerikanischen Ostflotte (Stiller Ozean) angegliedert.

**Die Lustsklavinnen des Kapitalismus.** Aus einem Bericht des Völkerbundes geht hervor, daß es in Buenos Aires (Argentinien), das der Hauptsitz des internationalen Mädchenhandels ist, 585 Bordelle gibt. Paris hat »nur« 235 Bordelle mit 2100 Mädchen, außerdem 4500 registrierte und 25.000 geheime Prostituierte. Die Mädchen entstammen fast durchwegs dem Proletariat. Der Mädchenhandel ist besser organisiert wie der Handel mit irgendeinem Artikel und liefert riesenprofite. Zuerst im Betrieb bis auf die Knochen ausbeuten, immer tiefer ins Elend drücken, dann die Tochter der proletarischen Not entehren und im Bordell ausplündern — so arbeitet die Schraube des Kapitalismus.

**Eisen und Stahl im Vormarsch.** Die Weltproduktion an Eisen ist 1927 bereits um 8.50, die an Stahl gar um 19 Prozent größer als vor dem Krieg (1913). Das Kapital wächst, den Arbeitern geht es immer schlechter.

**Rationalisierung.** Die Steyrer Waffenfabriks A.-G. hat die Fließarbeit in ihrem Betrieb eingeführt. Vorher erzeugten 300 Arbeiter monatlich 600 Fahrräder. Jetzt müssen 290 Arbeiter 709 Räder erzeugen. Die Erzeugung ist also um 16.6 Prozent gestiegen, gleichzeitig ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 19.5 Prozent gesunken. Die Durchschnittslöhne der Arbeiter (pro Stunde) stiegen um 17 Prozent, aber jeder einzelne Arbeiter mußte pro Stundenlohn um 45.1 Prozent mehr leisten als bisher. In Wirklichkeit also wurde der Reallohn der beschäftigten Arbeiter gesenkt, wobei die Teuerung ihn noch tiefer drückte. Und 79 Arbeiter flogen aufs Pflaster und die Arbeitslosenunterstützung für sie wird auf den verschiedensten Umwegen aus den Taschen der im Betrieb verbliebenen Arbeiter gepumpt.

**Die beraubten alten Arbeitslosen.** Im Jänner beziehen 19.750 Arbeitslose, davon 8.400 in Wien, die »Altersfürsorgereute«. Da sie von der »Rente« (50 Schilling im Monat) nicht leben können, suchen viele von ihnen Nebenarbeit, insbesondere im Kleingewerbe, was auf die Löhne drückt und vielen jüngeren Arbeitern die Arbeitsstelle nimmt. Die Rente für die Alten muß so erhöht werden, daß sie es nicht nötig haben, so zu handeln.

**Gehaltserhöhung der Minister und Nationalräte**  
Als jüngst den Bundesangestellten der Spannungsausgleich bezahlt wurde, da haben sich, rückwirkend ab 1. Oktober auch die Minister, die Nationalräte, Bundesräte, Landesräte, Landtagsabgeordneten, Bürgermeister usw., kurz alle öffentlichen Mandatäre den Spannungsausgleich auszahlen lassen.

**Kriegssignal!** Rindshäute und Leder sind gewaltig im Preis gestiegen. Die großen Staaten kaufen Riesemengen, sammeln Vorräte für die Kriegsmagazine. So spüren wir im Steigen der Schuhpreise den nahenden Weltkrieg.

**Kriegssignal** Der Papst hat den Kardinal Serey mit »besonderen Aufträgen« nach Ungarn zurückgeschickt. »Möge bald die Zeit kommen, wo ich auf das Haupt des Königs des in seinen alten Grenzen wiederhergestellten Großungarns die Stephanskronen setze.«

So spricht Serey offen in Stuhlweissenburg. Um die Habsburger auf den Thron zu führen, um Krieg zu schüren, hat der Papst ihn entsendet. Die freche offene Sprache des Kriegskardinals zeigt, wie sehr die Kriegsgefahr naht.

**Die Einkreisung Jugoslawiens vollendet.** Nach Albanien, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Griechenland wurde nun auch Rumänien dem englisch-italienischen Block eingegliedert. Die politische Vorbereitung hat Mussolini vollendet, nun lauert er auf den günstigen Augenblick zum Kriegsausbruch. Mit ihm lauert Horthy und — Seipel auf ihre Stunde.

**Wird Schober klagen?** Der bekannte Schriftsteller Karl Kraus hat den Polizeipräsidenten öffentlich des Mißbrauchs der Amtsgewalt, Fälschung von Dokumenten und der persönlichen Unehrenhaftigkeit beschuldigt. Wird Schober klagen?

**Eine neue Stadt.** Liesing, Atzgersdorf, Erlaa und Siebenbrunn werden sich zu einer Stadt zusammenschließen. Ein begrüßenswerter Fortschritt. Die neue Stadt wird 22.000 Einwohner zählen.

**System Vaugoin — nach System Deutsch.** Deutsch hat die Kommunisten aus der Wehrmacht hinausgedrängt, nun tut Vaugoin dasselbe mit den Sozialdemokraten. Sogar die Lieblingskinder des Helden Deutsch a la Stransky, seine Fraktionsorgane, mit denen er 1919-20 gegen die revolutionären Soldatenräten und Soldaten wirkte, müssen daran glauben. Es geht in den Kasernen wie in den Betrieben: Zuerst haben viele sozialdemokratische Betriebsräte von ihrer reformistischen Führung verleitet, die Kommunisten und die kommunistischen Blätter aus den Betrieben expediert, nun fliegen sie vielfach selbst hinaus und es gibt selbst in Wien schon viele Betriebe, wo das Lesen selbst nur der Arbeiterzeitung im Betrieb zum Hinauswurf führt. In Kaserne und Betrieb: auf System Deutsch folgt System Vaugoin. Die Deutsche sind die Wegbereiter für die Vaugoins in der Kaserne und im Betrieb.

Die Selbstmorde in der Wehrmacht häufen sich. In Linz hat sich der Wehrmann Stegmüller erschossen. Innerhalb zweier Jahre der fünfte Selbstmord bei der 1. MG Kompanie des Alpenjägerbataillons Nr. 7. Am liebsten möchte Vaugoin alle Proleten ins Grab expedieren:

Unter den christlichen Arbeitern Deutschlands gährt es. Im Zentrum, der christlichsozialen Partei Deutschlands, wächst die Unzufriedenheit der 400.000 Arbeiter, die diese Partei an der Strippe der Religion hinter sich zieht. Die Arbeiter beginnen unter dem Druck, der sich immer mehr verschärfend ausbeutet — ihre Ausbeuter sind lauter fromme, große Herren — das Spiel mit der Religion zu durchschauen.

**Sozialdemokratisches Gesamtkongreß in der Tschechoslowakei.** Solange sich in der tschechischen Republik die tschechische und die deutsche Großbourgeoisie bekämpfen, bekämpfen sich auch die tschechischen und deutschen Kleinbürger, die tschechische und deutsche Sozialdemokratie und führten auch die von ihnen beeinflussten Arbeiterschichten in den nationalen Kampf. Dann aber schlossen sich die Großbourgeois ohne Unterschied der Nation zusammen und expediten die Kleinbürger, die tschechische SP, aus der Regierung. Jetzt finden auch die Kleinbürger ohne Unterschied der Nation den Weg zu einander. Wozu? Sie wollen nun zusammen — in die Koalition.

## Stalin „reinigt“ die Gesandtschaften im Ausland von Kommunisten.

Die Anhänger Stalins in Oesterreich sind seit einigen Wochen in »tiefer« Erregung. Sie haben plötzlich den »neuen Kurs« in Rußland aufs Empfindlichste zu spüren bekommen. Sämtliche ausländische Kommunisten, die in der Gesandtschaft und der Handelsvertretung beschäftigt sind, werden entlassen. Als Grund gab man ursprünglich an, daß die Gesandtschaft mit der Regierung Scherereien habe, weil ein öffentlicher Mandatar, der kommunistische Gemeinderat Killich aus Deutsch-Wagram in der Gesandtschaft angestellt sei und daß darum alle nicht-russischen Kommunisten entlassen werden. Diese Ausrede wur-

de durch das Bekanntwerden eines Reservatlasses Tschitscherins an die russische Botschafter widerlegt indem die Entlassung aller nicht-russischen Kommunisten gefordert wird. Gleichzeitig werden aber auch die wirklichen russischen Kommunisten abberufen und durch Parteilose ersetzt.

Diese Neuerung hat sowohl den Zweck zu verhindern, daß Kommunisten die dunklen Machenschaften der Stalinschen Politik kontrollieren können, als auch dem ausländischen Kapital seine »Loyalität« zu erweisen.

Die Wirkung dieser »Einführung« auf die österreichische Filiale Stalins ist geradezu verheerend: Muß sie doch jetzt befürchten, daß die Dutzende »100-prozentiger Stalinisten« die für ihren Eifer gut bezahlt wurden, passiv werden. Das Zentralkomitee hat die tödliche Gefahr vollkommen begriffen und — zwei Vertreter über Berlin nach Moskau gesendet, um die Verhinderung des »Abbaues« zu erreichen.

## Die Stahlproduktion der Welt.

Nach einer Schätzung des Vereines deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wird die Weltstahlproduktion im Jahre 1927 100.5 Millionen Tonnen betragen gegen 93.1 Millionen im Vorjahre. Davon entfallen auf Frankreich 8.25 gegen 8.35, auf England 9.5 gegen 8.7, auf Deutschland 16.3 gegen 12.3 Millionen Tonnen im Vorjahre. Amerika produzierte 45.3 gegen 43.1 Millionen Tonnen im Vorjahre.

## DANKSAGUNG.

Wir danken allen Genossen für die innige Anteilnahme die sie anlässlich des Todes unseres Vaters, bezw. Bruders Andreas Weichberger bewiesen haben.

Familie Weichberger.

## Mitteilungen des ROTEN FRONTKÄMPFERBUNDES (in Gründung)

Auskünfte: Täglich (mit Ausnahme Dienstag) in der Zeit von 7 bis 10 Uhr abends, werden im Extrazimmer des Gasthauses Fanowitsch, Wien, XVI., Koppstraße 47, Telefon 30-6-18 erteilt, sowie Neueintritte entgegengenommen.

## Arbeiter Sängerbund »Karl Liebknecht«

## Einladung

zu dem am Samstag, den 18. Februar 1928, in Aumanns Sälen, XVI., Hasnerstraße 46, stattfindenden

## Vereins-Fest mit Tanz

Für verschiedene Belustigungen ist reichlich gesorgt.

MUSIK DER VEREINSKAPELLE.

Beginn 7 Uhr Ende ? ?

Preis der Karten S 1.20 (inklusive Musikschutz)  
KOSTÜMKLEIDUNG ERWÜNSCHT.

Das Festkomitee

Genossen, Sympathisierende! Abonniert das einzige lennistische Tagesorgan, das Blatt der Linkskommunisten Deutschland

## „Volkswille“

Suhl in Thüringen, Kleine Kelberstr. 24

## Gesangslustige Genossen

(Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose) werden ersucht, dem Gesangsverein »Karl Liebknecht« beizutreten. Übungsabend jeden Montag, Gasthaus Axmann, XX., Marchfeldstraße 27.

## Musikfreunde!

Genossen, (gleich welcher Richtung, ob Kommunisten oder Sozialdemokraten) welche Lust und Liebe zur Gründung eines Streichmusikvereines haben, mögen sich (unter Angabe des Instrumentes, das sie spielen) bei Gen. Otto Gabler, XVIII. Schulg 43a schriftlich anmelden. Einige musikalische Vorkenntnisse zur Anmeldung erforderlich!

## Gruppenanzeiger

Margareten: Gasthaus Papier, Kohlgrasse 4, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Meidling: Gasthaus Kirchner, Rosaliengasse 11, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Ottakring: Gasthaus Fanowitsch, Koppstraße 47, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Hernals — Währing: Gasthaus Weckele, Hormayrgasse 48 jeden Dienstag halb 8 Uhr abends.

Brigittenau: Gasthaus Novak, Allerheiligenplatz 17, jeden Mittwoch halb 8 Uhr abends.

Floridsdorf — Stadlau: Gasthaus Mayerhofer, Bahnsteggasse 2, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24. Druck: Buch- u. Kunstdruckerei »Donau«, Wien, III., Custozzagasse 8

# Leset, verbreitet, abonniert, die „Arbeiter-Stimme“